

Offene Fragen der Geschichte Band 9

Chronik von 1987 bis 1999

"Samtene Revolution",
Ende der DDR,
"Zwei-plus-Vier-Vertrag",
Zusammenbruch der UdSSR,
EU-Einheitsstaat,
Unsühnbare Kollektivschuld,
Massenverbrechen des Kommunismus,
NATO-Osterweiterung,
EU-Osterweiterung,
Anti-Kernenergie-Bewegung ...

Band 9/009

Chronik vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1993

1993

Die deutschen Bären werden stets wie Bären tanzen, aber nie die Kette brechen. <i>Heinrich Heine (1797-1856, deutscher Dichter)</i>
--

01.01.1993

Belgien: Am 1. Januar 1993 tritt in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger kann sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hat und krankenversichert ist.

20.01.1993

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet am 20. Januar 1993: >>>**6,8 Milliarden weg**

Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohmannen 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<<

08.02.1993

BRD: Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schreibt am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (x268/186-187): >>>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<<

10.02.1993

BRD: Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg (1912-2011, 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament) schreibt am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<<

15.02.1993

BRD: Der deutsche Publizist Arno Lustiger (1924-2012) berichtet am 15. Februar 1993 im

Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (7/1993) über die Holocaust-Forschung des nordamerikanischen Historikers Raul Hilberg: >>Täter, Opfer, Zuschauer

Im Jahre 1961 veröffentlichte in Chicago der damals 35jährige, aus Wien in die USA emigrierte Politologe Raul Hilberg sein Buch "The Destruction of the European Jews". Es ist das bis heute wichtigste und materialreichste Standardwerk über den Holocaust und übertrifft an Umfang und Bedeutung alle anderen Bücher und Publikationen zur Vernichtung der europäischen Juden. Hilbergs neues Buch "Täter, Opfer, Zuschauer" ist eine Ergänzung und ein Epilog zum Hauptwerk. Wer verstehen will, wie es zu dem Massenmord kommen konnte und warum er gelang, muß diese beiden Studien kennen.

Das jüngste Buch Hilbergs läßt sich wegen seiner systematischen Struktur, seines dramatischen Inhalts und seines brillanten, doch unpräzisen Stils sehr gut lesen. Es vermittelt in kompakter Form viele bisher kaum oder wenig bekannte Fakten. Die verantwortlichen Akteure des tragischen, in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen und einmaligen Geschehens werden in konziser Form geschildert. Hilberg holt sie aus der bisherigen Anonymität ins Rampenlicht der Zeitgeschichte.

In den ersten acht Kapiteln beleuchtet der Wissenschaftler sowohl die Haupttäter, mit Hitler an der Spitze der Pyramide von Funktionären, Fanatikern, sadistischen Massenmördern, Ärzten und Juristen, als auch die ausländischen Hilfswilligen und deren Regierungen. Sieben Kapitel widmet er den Zuschauern, von denen viele eigentlich Wegschauer waren. Es werden auch die christlichen Helfer und die ohnmächtigen jüdischen Retter gewürdigt, ebenfalls die verspätete und deshalb fast folgenlose Rettungspolitik der westlichen Alliierten. In knappen Zügen werden die versuchten und unterbliebenen Interventionen und Maßnahmen der neutralen Regierungen und der Kirchen analysiert.

Im Teil Opfer werden Gruppen von Verfolgten dargestellt, die bei Hilberg bisher zu kurz gekommen sind: Flüchtlinge, Frauen und Kinder, christlich getaufte oder in "Mischehen" lebende Juden, die zeitweilig Privilegierten, wie die Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges. Nur 6 Seiten des 367 Seiten starken Buches widmet Hilberg den überlebenden Juden, etwa den KZ-Häftlingen, die, wie der Autor dieser Zeilen, die Todesmärsche des Winters und des Frühjahrs 1945 überstanden haben.

Im nachfolgenden wollen wir uns mit dem Thema der unangepaßten Juden unter den Opfern beschäftigen. Zum besseren Verständnis der Problematik muß ich auch auf das Hauptwerk Hilbergs eingehen. In der Einführung zur Ausgabe von 1961 versprach Hilberg: "In diesem Buch werden wir uns hauptsächlich mit den Tätern befassen."

Doch - zwangsläufig - richtete sich Hilbergs Blick, wenngleich nur am Rande, auch auf das Schicksal der Opfer. Fatal allerdings, daß der Autor vornehmlich die Akten der Täter akribisch auswertete. So stammen die meisten Informationen über die Opfer von den Tätern. Hilberg unterließ es dagegen, sich mit den Aussagen der jüdischen Zeitzeugen zu befassen.

Des Autors vernichtendes Pauschalurteil über die Passivität der Juden im Laufe ihrer Geschichte, das ihr Verhalten während des Holocaust erklären soll, hält einer kritischen Überprüfung nicht stand. Er doziert: "Vorbeugende Angriffe, bewaffneter Widerstand und Racheakte kamen in der Geschichte des jüdischen Exils so gut wie nie vor."

Hilberg entgingen offenbar viele Ereignisse der jüdischen Geschichte. Einige Beispiele: die jüdische Selbstverteidigung während der Kosaken-Massaker Chmielnickis im 17. Jahrhundert und der Pogrome in der Ukraine Ende des 19. Jahrhunderts oder etwa die Kämpfe der "Jüdischen Legion" während des Ersten Weltkrieges. Hilberg weiß offenbar auch nichts über die 6.000 jüdischen Freiwilligen im spanischen Bürgerkrieg, die dort sogar in der eigenen Einheit "Botwin" kämpften.

Zu den schmerzlichsten Fehlurteilen Hilbergs zählt seine Behauptung, daß es keinen jüdischen Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft gegeben habe. Es finden sich

bei ihm fragwürdige Aussagen: "Während der Katastrophe von 1933 bis 1945 waren die Fälle aktiven Widerstands rar und ohne Bedeutung. Vor allem aber waren sie, wann und wo immer sie auftraten, Aktionen des letzten (niemals des ersten) Augenblicks."

Die Negierung von Fakten über den jüdischen Widerstand, die in Hunderten von Publikationen und Büchern, in Abertausenden von Dokumenten belegt sind, ist eine schwerwiegende Unterlassung, die einem so renommierten Forscher wie Hilberg nicht unterlaufen sollte. Bereits im Jahre 1960 wurde in Jerusalem unter der Redaktion von Philip Friedman eine Bibliographie mit 1.246 Titeln von Werken über den Holocaust veröffentlicht, darunter 151 Publikationen über den jüdischen Widerstand. Seitdem erschienen Hunderte Monographien, aber auch Gesamtdarstellungen zu diesem Thema in allen Ländern Europas. Ganz wenig davon finden wir in Hilbergs Werken.

Für die Aufstände in den Ghettos und in den Vernichtungslagern stellt Hilberg eine Kosten/Opfer-Nutzen-Rechnung auf. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß sich diese Aktionen nicht lohnten, weil sie den Mördern zu wenig geschadet hätten. Wie nun? Erstens gab es also keinen Widerstand, und wo es ihn gab, war er unbedeutend und dazu zu teuer. Was uns Raul Hilberg nicht mitteilt: Nach den jüdischen Aufständen in Treblinka und Sobibor wurden diese Vernichtungslager liquidiert, Sonderkommandos nicht wieder aufgestellt. Wochen später wurden die Krematorien dort stillgelegt.

Die mächtige jüdische Gegenwehr in Frankreich, mit Tausenden von Kämpfern in eigenen Organisationen und im gaullistischen und kommunistischen Widerstand erledigt Hilberg mit einem einzigen Satz: "So lebten in Frankreich junge jüdische Männer - teils zionistische Pfadfinder, teils Kommunisten - illegal im Untergrund und wirkten aus Überzeugung, auf gut Glück oder der Not gehorchend in der Partisanenbewegung mit."

Diese Schilderung verschlägt uns den Atem, denn die Juden stellten zeitweise 15 Prozent des operativen militärischen Widerstandes bei lediglich 1 Prozent an der Gesamtbevölkerung in Frankreich. Es gab rein jüdische Kampfgruppen sowie vorwiegend aus Juden bestehende Formationen wie Liberte, Carmagnole, 35. Brigade, FTP-MOI und viele andere.

Jacques Bingen kam illegal aus London nach Frankreich, wo er den gaullistischen Widerstand im Norden kommandierte. Eine Briefmarke ehrt sein Andenken. Der polnische Jude Joseph Epstein befehligte die Pariser Region. Er wurde postum zum Oberstleutnant der französischen Armee und Ritter der Ehrenlegion ernannt. Marcel Langen stand in Südfrankreich an der Spitze der Resistance. Sie alle fielen im Kampf. Die meisten Agenten der Organisation "Rote Kapelle" in Frankreich und Belgien mit ihrem Chef Leopold Trepper waren Juden.

In einem Schauprozess der Nazis gegen den französischen Widerstand in Paris wurden 23 Antifaschisten, darunter 12 Juden, zum Tode verurteilt und am 21. Februar 1944 hingerichtet; unter ihnen als einzige Frau Golda Bancic, die in Rumänien als Nationalheldin geehrt wird. Die Nazis ließen Tausende von großen roten Plakaten drucken, die die Hingerichteten und ihre "Terrorakte" als warnendes Beispiel zur Schau stellten. Die 23 Helden vom "L'Affiche Rouge" sind der Stolz der französischen Resistance. Ihnen sind mehrere Bücher, Dokumentarfilme und ein Gedicht von Louis Aragon gewidmet.

Es gab 20.000 jüdische Partisanen in Polen, Litauen, in Weißrußland, in der Ukraine; aber auch in Belgien, Italien, Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien. 350 sowjetische Juden erhielten die höchste Auszeichnung "Held der Sowjetunion", 50 polnische Ghetto-Aufständische wurden mit dem Tapferkeitsorden "Virtuti Militari" geehrt, darunter Pinkus Kartin, ehemaliger Offizier in Spanien, der per Fallschirm über Warschau abgesetzt wurde, um den Kampf gegen die deutschen Besatzer zu organisieren.

Wo immer es im besetzten Europa entsprechende Bedingungen gab, wie eine günstige Topographie und positive Einstellung der Bevölkerung, haben sich die Juden gewehrt.

Die meisten von ihnen hatten keinen Staat, der sie unterstützen konnte. Weder Moskau noch

London haben ihnen Waffen geliefert. Sie mußten sich diese auf abenteuerliche Weise selbst besorgen.

Kein jüdischer Widerstandskämpfer wiegte sich je in der Illusion, daß er und seine Waffenbrüder das mächtige Dritte Reich besiegen könnten. Das Credo der meisten von ihnen war: Wir kämpfen und sterben für die Ehre des jüdischen Volkes, für einige Zeilen in den Geschichtsbüchern. Hilberg radiert diese Zeilen aus und verbannt alle Opfer, ob Widerstandskämpfer oder nicht, ins anonyme Grab des Verschweigens und Vergessens. Er deckt sie mit Tonnen von Akten der Mörder zu und schüttet auf die Gräber Tausende von Fußnoten seiner Bücher. Er beschwert mit seinen Behauptungen die ohnehin von Überlebens-Schuldkomplexen schwer beladene Existenz der wenigen am Leben gebliebenen Kämpfer gegen Hitler, anderer Überlebender und die ihrer Familien.

Hilberg hat sein großes Werk mehrfach überarbeitet und aktualisiert. Aber nach Durchsicht aller Ausgaben, der von 1961, 1982 und 1990, stellen wir fest, daß er zumindest eine These nie abgeändert hat. Der letzte Absatz des Kapitels "Die Opfer" blieb 29 lange Jahre in allen Ausgaben unverändert. Wir müssen deshalb diesen Satz als sein "ceterum censeo" betrachten: "Zum ersten Mal auch stürzten sich die jüdischen Opfer - gefangen in der Zwangsjacke ihrer Geschichte - physisch und psychisch in die Katastrophe. Die Vernichtung der Juden war somit kein Zufall."

Die Juden hatten selber schuld! Das ist die Quintessenz seiner Werke. Trotzdem sei die ungeheure Bedeutung seiner Forschungen für die Zeitgeschichte und für uns, die Überlebenden, hervorgehoben. Hilberg hat die Nazi-Mörder ans Licht gezerrt und die Auseinandersetzung mit dem Nazi-Regime erst ermöglicht. Diese seine Lebensleistung bleibt unvergessen. Es bleibt nur zu hoffen, daß er auch bald seinen dreißigjährigen Krieg gegen den jüdischen Widerstand beenden wird.<<

07.04.1993

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>>Bonn fördert deutsche Landkreise in Rußland

Bei der Förderung der Rußlanddeutschen in den Staaten der früheren Sowjetunion setzt die Bundesregierung jetzt auf die Unterstützung der deutschen Landkreise in Sibirien. Die Wiederherstellung einer autonomen deutschen Wolga-Republik bleibe zwar weiterhin als Fernziel auf der Tagesordnung, sagte der Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung ...

Die Bundesregierung wird in diesem Jahr allein für die Deutschstämmigen in Rußland 73 Millionen Mark direkt und weitere 48,3 Millionen über Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung stellen. ...<<

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. April 1993: >>... Japan plant eine Neuausrichtung seiner Rußlandpolitik, die die fernöstliche Wirtschaftsmacht binnen kurzer Frist zu einem Hauptträger westlicher Wirtschaftshilfe für Moskau machen würde.

Das plötzliche Einlenken der Tokioter Regierung stellt die erste deutliche Korrektur in der japanischen Rußlandpolitik seit Ende des Kalten Krieges dar. Demnach stellt Tokio der russischen Regierung 10 Milliarden Dollar, bisher nicht veranschlagter Hilfgelder aus dem G-7-Kreis in Aussicht. Davon könnte Japan den Löwenanteil übernehmen.

Das neue Geld soll vor allem russischen Kleinunternehmen und der Privatisierung von Staatsbetrieben dienen. Besondere Maßnahmen sind außerdem zum Wiederaufbau der russischen Energiewirtschaft vorgesehen. ... Beamten des Tokioter Außenministeriums sagten voraus, daß Japan mehrere Milliarden Dollar Hilfe leisten werde und damit neben Deutschland zum führenden Geberland von Rußlandhilfe avanciere.

Unmittelbarer Auslöser für den japanischen Regierungsentscheid war der Gipfel in Vancouver. US-Präsident Bill Clinton stellte sich dort erstmals hinter die japanischen Territorialforderungen an Rußland und erfüllte damit die zentrale Bedingung für die Tokioter Kooperati-

onsbereitschaft.

Bisher waren alle Annäherungen zwischen Moskau und Tokio am Streit um 4 kleine Fischerinseln der Kurilengruppe nördlich von Hokkaido gescheitert. Stalin hatte die Inseln 1945 nach Ende des Krieges annektiert. Seitdem besteht Japan auf der Rückgabe der Kurilen und weigert sich deshalb, einen Friedensvertrag mit Moskau zu unterzeichnen.

Sowohl in Tokio wie in Moskau wird der Kurilenkonflikt inzwischen als kurzfristig nicht lösbar betrachtet. Derweil war Japan unter immer stärkeren Druck des Westens geraten, an der Kurilenfrage die Beziehungen zu Rußland nicht scheitern zu lassen. ...<<

17.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. April 1993 über Entschädigungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter aus Rußland, Weißrußland und der Ukraine:

>>**Bonn zahlt sowjetischen NS-Opfern eine Milliarde**

Die Bundesregierung will den NS-Opfern in der früheren Sowjetunion eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen. ... Das Geld, das vor allem für ehemalige Zwangsarbeiter bestimmt ist, soll in noch zu gründende Stiftungen in den drei Ländern eingebracht werden.

Die drei Regierungen akzeptierten ihrerseits in der Vereinbarung, daß sie über diesen einmaligen deutschen Betrag hinaus keine weiteren finanziellen Ansprüche stellen. Die Gründung der Stiftungen geht auf eine Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl gegenüber Präsident Boris Jelzin vom Dezember zurück.<<

27.04.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. April 1993: >>**Havel fordert "symbolische Entschädigung" für Nazi-Opfer**

Zum Abschluß seines dreitägigen Deutschlandbesuchs ist der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel am Montag in Bonn mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zusammengetroffen. ...

Havel hatte sich am Morgen vor Journalisten dafür eingesetzt, daß tschechische Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft von Deutschland "symbolisch" entschädigt werden. Eine solche "Geste der Versöhnung" sei nützlich und wünschenswert. Er würde die Form einer Stiftung zur Entschädigung der NS-Opfer bevorzugen, sagte Havel, doch könne man auch über andere Modelle nachdenken.

Entschädigungen über eigens dafür gegründete Stiftungen leistet Deutschland bereits an NS-Opfer in Polen sowie in Rußland, Weißrußland und der Ukraine. Die polnische Stiftung ist mit einem Kapital von einer Milliarde Mark ausgestattet worden; bei den anderen soll ebenso verfahren werden.

In diesem Zusammenhang schloß Havel tschechische Entschädigungsleistungen an vertriebene Sudetendeutsche aus.

Die demokratische Regierung der ehemaligen Tschechoslowakei habe den wagemutigen Schritt unternommen, Unrecht, das der Kommunismus zwischen 1948 und 1989 begangen habe, zu korrigieren. Die Korrektur von Unrecht aus der Zeit davor sei "weder möglich noch realistisch".

Havel war zuvor in Stuttgart für sein Engagement für Menschen- und Bürgerrechte als erster Ausländer mit dem Theodor-Heuss-Preis ausgezeichnet worden.<<

15.05.1993

Polen: Die polnische Schriftstellerin Maria Podlasek veröffentlicht am 15. Mai 1993 im polnischen Nachrichtenmagazin "Polityka" folgenden Artikel über die Vertreibung der Deutschen (x152/5-20): >>... Hitler, der den Deutschen "neuen Lebensraum" versprochen hatte, entfesselte einen völkermordenden Krieg, in dessen Ergebnis Deutschland ein Fünftel seines Territoriums verlor und 14 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, in der sie seit Generationen wohnten - aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern, Tschechien, den baltischen

Ländern, Siebenbürgen usw.

In Polen ist eine Ära der Entdeckung der "weißen Flecken" angebrochen, und die Frage der Vertreibung der Deutschen gehört zweifellos zu ihnen. Für gewöhnlich stellte man sie fragmentarisch dar, wobei man zugab, daß in der Tat so etwas stattgefunden habe, doch die Einzelheiten übergab man mit Schweigen.

Als man in den Jahren 1953 bis 1962 in Deutschland eine umfassende "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa" vorbereitete und sich dabei auf Tausende Berichte von Augenzeugen stützte, da wurde sie in Polen als Dokument des westdeutschen Revisionismus und als Teil einer Kampagne des westdeutschen Revisionismus angesehen.

Die Folge ist, daß die junge Generation der Polen - einschließlich derer, die in den Westgebieten ("Wiedergewonnenen Gebieten") heranwachsen - kaum etwas über diese Tragödie weiß, die sich dort abgespielt hat. Im Laufe von einem knappen halben Jahrhundert vermochte man die Spuren zu verwischen, es verschwanden die deutschen Aufschriften, und dort wo das Lager Lamsdorf (Lambinowice) war, wächst ein Wald.

Die polnische Sicht jener Ereignisse unterscheidet sich grundsätzlich von der deutschen Warte. Nicht nur die Vorfälle selbst werden anders benannt. Polen, die 1945 hierher kamen, um sich in den ehemaligen deutschen Gebieten anzusiedeln, haben kein Gefühl, etwas Böses getan zu haben.

Die Übernahme dieser Gebiete betrachtete man als Ausgleich für den verlorenen (polnischen) Osten, und die Aussiedlung der Deutschen sah man einerseits als natürliche Strafe für Hitlers Völkermord, für die Jahre des Terrors, der Erniedrigung und des Unrechts an, welche das polnische Volk erleiden mußte, sowie als unvermeidliches "Platzmachen" für die (polnischen) Vertriebenen von jenseits des Bug. In ihrem Bewußtsein funktionierte ein Mechanismus der allgemeinen Schuld und kollektiven Verantwortung der Deutschen für den entfesselten Krieg; schuld war jeder, der die Sprache des verhaßten Feindes sprach.

"Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" ...

Im Zusammenhang damit erhebt sich die Frage, ob es im polnischen Bewußtsein – auch der Nachkriegsgeneration, die sich ja so mit der Geschichte ihres Landes identifiziert – überhaupt ein Gefühl der Verantwortung für die Mißbräuche gibt, die mit der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen zusammenhängen. Hat man sich die Botschaft der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1965 mit dem bezeichnenden Signal "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung" zu eigen gemacht?

Bei der Lektüre der Zeitzeugenberichte von deutscher Seite – also in diesem Falle von Opfern – erhebt sich im übrigen der gleiche Zweifel. Die Deutschen im Osten, die das Ende des Krieges zu Hause erreichte, konnten für gewöhnlich nicht verstehen, wofür sie soviel Unglück traf. In ihren Berichten taucht äußerst selten eine Reflektion über die Hitlerische Todesmaschinerie gegenüber den unterworfenen Völkern auf. ...

Es ist Zeit, daß wir Berichte der anderen Seite kennenlernen – derer, die die von uns im Jahre 1945 eingenommenen Gebiete verlassen haben, denn ihr Schicksal ist auch ein Teil unserer Geschichte, so wie das Schicksal der Polen, Russen oder Tschechen ein Teil der deutschen Geschichte ist. Natürlich muß man bei der Lektüre ausgewählter Ausschnitte aus deutschen Berichten daran denken, daß sie Anfang der fünfziger Jahre geschrieben wurden, daß man in ihnen eine gewaltige emotionale Erregung und – manchmal – eine ausdrückliche Feindseligkeit gegenüber der anderen Seite spürt. Es gibt jedoch keinen Grund, die Glaubwürdigkeit dieser Berichte in Frage zu stellen.

Bis zum Sommer 1944 waren die östlich von Oder und Neiße gelegenen deutschen Provinzen eine Oase der äußeren Ruhe. Die Einwohner Ostpreußens, Pommerns und Niederschlesiens – dieser Kornspeicher Deutschlands – sowie Oberschlesiens – dieser deutschen Waffenschmiede – kannten den Krieg "aus zweiter Hand". Zwar fielen die Männer an den Fronten, und zur

Produktion zog man immer mehr Zwangsarbeiter aus den unterworfenen Gebieten heran, aber die Bombenteppiche erreichten die ostdeutsche Städte nicht, und die offiziellen Meldungen ließen die Menschen noch immer an den Endsieg glauben. Unruhe erweckten die immer zahlreicheren Todesanzeigen und die wachsende Zahl von Flüchtlingen aus den bombardierten Städten West- und Mitteldeutschlands.

Doch am 22. Juni 1944 begann die Offensive, und binnen einiger Wochen drang die Sowjetarmee, nachdem sie 30 deutsche Divisionen zerschlagen hatte, in die Nähe Ostpreußens und Oberschlesiens vor. Vom Oktober an kam die Front zum Stehen, und die Russen begannen, sich auf die entscheidende Winteroffensive vorzubereiten.

Der Schrecken von Nemmersdorf

Diese Offensive begann am 12. Januar 1945, und im Laufe von zweieinhalb Monaten besetzten die Russen fast das ganze Gebiet östlich von Oder und Lausitzer Neiße. In dieser Zeit spielte sich die größte Tragödie der deutschen Zivilbevölkerung ab, die in Panik vor dem heranziehenden Feind floh.

Das Hauptmotiv, weshalb Frauen mit Säuglingen, alte Menschen und Kranken und Invaliden sich entschlossen hatten, Heim und Herd zu verlassen und sich bei 28 und 30 Grad Frost auf das Wagnis der Flucht einzulassen, war der Schrecken von Nemmersdorf, eines grenznahen Dorfes in Ostpreußen, das zuerst (am 20. Oktober 1944) in die Hände der Russen gefallen und danach von den Deutschen wiedererobert worden war. Die Meldungen darüber, was in Nemmersdorf geschehen war, ließ Goebbels über das ganze Land verbreiten, um in den Deutschen einen verzweifelten Willen zu verbissenem Widerstand aufrecht zu erhalten. ...

Nach Durchführung einer Obduktion stellte sich heraus, daß alle Frauen vor dem Tod vergewaltigt worden waren. In dem Pogrom sind ca. 60 bis 70 Menschen umgekommen.

Das, was sich in Nemmersdorf ereignete, war kein Einzelfall, es wiederholte sich später in verschiedenen Varianten in anderen Ortschaften Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens. Die Rache der Russen traf jene, die sie auf dem besetzten Gebiet erreichen konnte – Frauen, Alte und Kinder.

Die Stoßkraft der russischen Armee, die schnelle Offensive, machte eine organisierte Evakuierung der Bevölkerung aus den Gebieten nahe der Front unmöglich. Zudem hat die NSDAP bis zum letzten Moment die Evakuierung verzögert, und diejenigen, die flüchteten, wurden wegen "Defätismus" bestraft. Wenn sie (die Evakuierung) begann, war es zu spät (zur Flucht). Die Wagen der Flüchtenden gerieten zwischen die kämpfenden Einheiten, wurden durch Panzer von der Straße abgedrängt und von Flugzeugen beschossen. ...

Makabre Szenen

... Der russische Ring wurde immer enger, auch um Danzig. Anfang März begann die russische Armee die große Offensive gegen die Weichselmündung und Ostpommern und schnitt dadurch den Landweg nach Westen ab. Als letzter Ausweg blieb der Seetransport. ...

Die Flucht der Deutschen aus Schlesien verlief weniger dramatisch als in anderen Regionen des Reiches, die Menschen mußten nicht über das Meer setzen oder wochenlang auf den Transport warten. Trotzdem waren der Marsch der Zivilbevölkerung aus dem umlagerten Breslau und der Kampf um einen Platz in den letzten Zügen, die aus der Stadt gingen, ebenso dramatisch. ...

Krepiere, deutsches Schwein

Viele Schlesier wurden in Böhmen und Mähren auch ein Opfer der Selbstjustiz durch die tschechische Bevölkerung, die zum Kriegsende in grausamer Weise sowohl auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 durch Hitler und die Führer der deutschen Minderheit als auch auf die eigene Fügsamkeit in der Zeit des Protektorats reagierte.

Erika A., eine Lehrerin aus Krummhübel, beschreibt ihre Erlebnisse in Pardubitz nach Einmarsch der sowjetischen Armee:

"Man jagte uns mit Schlägen von den Wagen und zwang uns, in einer sechsreihigen Kolonne anzutreten. Wir haben schon nichts mehr, was zu tragen wäre, die Tschechen haben alles 'aufgeräumt'. Unsere russischen Wächter sind alle verschwunden. Den Zug begleitet tschechische Miliz in Zivil mit roter Armbinde. Ich dränge mich in die Mitte des Zuges. Mein Nachbar wird gezwungen die verhaßte Fahne zu tragen. Nach wenigen Metern hat man schon aus den Fenstern auf ihn gezielt. Er fällt, wir gehen weiter. Ich weiß nicht, über wieviele sterbende bzw. Tote wir schon gegangen sind, 10 oder 15? Wer zählt sie überhaupt?

Wir ducken (uns) zwischen den Steinen zusammen, mit denen uns die tschechischen Weibsbilder haßerfüllt bewerfen. 'Krepiere deutsches Schwein!' Auf den Katzenköpfen fahren sie uns hin und zurück. In jeder Ortschaft drohen sie uns mit Fäusten, fliegen die Steine, werden Flüche ausgestoßen!

In den Straßengräben Leichen, hunderte Leichen mit verrenkten Armen und Beinen. An den Straßenbäumen hängen Leiber von Frauen und Kindern. ... Viele werden mit den Köpfen nach unten aufgehängt und sterben langsam. In jeder Ortschaft lärmende Radiomusik – unterbrochen von aufpeitschenden Parolen, die von den Tschechen begierig gehört werden: 'Deutschenmord ist nicht strafbar' – 'Tötet, Tötet!'

Als wir zurückmarschieren, verlangt die Miliz, Gleichschritt zu halten. Wir gehen an der Kirche vorbei, aus der man die Stimme des Priester hört: 'Tötet die Deutschen, wo ihr sie nur erwischt. Die Schuld wird euch vergeben.'

Nicht einmal, sondern stundenlang, diese Stimme tröpfelt den Haß in die Ohren der Menschen hinein. Sogar die Orgelmusik verhüllt diesen Haß nicht, mit dem der Diener Gottes seine Landleute zum Mord auffordert."

Diese Exzesse – und sie waren keine Seltenheit – waren nicht nur der Ausbruch blinder Wut, sondern auch das Ergebnis einer geplanten Propagandaaktion, die aus blutiger Rache eine Tugend machte. So war es an der Ostfront, wo eine entsprechende Aktion in den sowjetischen Truppeneinheiten lange vor dem Vordringen auf das ehemalige Reichsgebiet durchgeführt wurde.

"Die Deutschen sind keine Menschen", lautete eines der Kriegsflugblätter, die von Ilja Ehrenburg unterzeichnet waren:

"Von heute ist das Wort 'Deutscher' für uns der schlimmste Fluch. Von heute bewirkt das Wort 'Deutscher', daß wir automatisch die Waffe entschärfen. Wir werden nicht sprechen. Wir werden uns nicht empören. Wir werden töten.

Wenn Du glaubst, daß statt von dir der Deutsche von einem Nachbarn getötet wird, dann hast du die Gefahr nicht erkannt. Wenn du den Deutschen nicht tötest, so tötet der Deutsche dich.

Er wird die Deinigen festnehmen und sie in seinem verfluchten Deutschland foltern. Wenn du den Deutschen nicht mit einer Kugel töten kannst, töte ihn mit dem Seitengewehr.

Wenn in deinem Abschnitt Ruhe herrscht und kein Kampf stattfindet, so töte den Deutschen vor dem Kampf. Wenn du den Deutschen am Leben läßt, wird der Deutsche den russischen Mann aufhängen und die russische Frau schänden.

Wenn du einen Deutschen getötet hast, so töte einen zweiten – für uns gibt es nichts Lustigeres als deutsche Leichen. Zähle nicht die Kilometer. Zähle nur eines: die von dir getöteten Deutschen! Töte den Deutschen!"

So sahen die Flugblätter aus, die den (sowjetischen) Soldaten zur Rache befähigten, seine psychischen Blockaden enthemmen sollten. Und sie waren wirksam, besonders im Fall der zweiten Frontlinie. Die Soldaten der Panzereinheiten, die gewöhnlich als erste die deutschen Dörfer und Städte einnahmen, warnten nicht selten die örtliche Bevölkerung: "Jene, die nach uns kommen, sind böse, nach uns kommen die wirklichen Schüler Stalins."

Das brutale Vorgehen der Armee in den deutschen Gebieten hatte die stille Billigung Stalins. Im Gespräch mit Milovan Djilas erzählte Stalin von einem Major, den man für versuchte Ver-

gewaltigung zum Tode verurteilt hatte. Auf die persönliche Intervention Stalins ließ man den Major frei und schickte ihn an die Front, wo er sich mit Heldentaten hervorgetan habe.

Stalin sagte dabei: "Stellt euch einen Menschen vor, der auf dem ganzen Weg von Stalingrad nach Belgrad Tausende Kilometer durch sein zerstörtes Land gezogen, über die Leichen von Kameraden und der liebsten Angehörigen gestiegen ist! Wie kann so ein Mensch noch normal reagieren! Und was ist daran schrecklich, daß er sich nach allen Schrecklichkeiten mit einer Frau vergnügt?"

Ihr stellt euch die Rote Armee als ideal vor. Aber sie ist nicht ideal und kann nicht ideal sein, selbst wenn in ihren Reihen nicht ein gewisser Prozentsatz Verbrecher wäre. Wir aber haben ja die Tore unserer Zuchthäuser geöffnet und diese Menschen in die Armee geschickt."

Vergewaltigungen auf Befehl

Neben "wildem" Vergewaltigungen spielten sich gezielte Vergewaltigungen auf Befehl ab, als Form gezielter Verletzung des Selbstwertgefühls der deutschen Frauen und um dasselbe zu brechen. Erinnerungen von Erika A. aus ihrem Bericht:

"Ich vergesse nie diesen Blick. Ängstlich an die Wand gedrückt hunderte deutscher Frauen und Kinder. Im scharfen Licht erkenne ich die Mädchen mit Zöpfen, die Mütter halten Säuglinge in den Armen, alte Frauen mit Kopftüchern. Plötzlich ein Befehl – und hinter unserem Auto stürmt eine ungezählte Schar von Russen hervor. Sie greifen an die Gürtel, laufen mit aufgeknüpften Hosen, manche stolpern, aber stehen schnell auf – und nach einer Weile ertönen von jenseits der Mauer her Wehschreie, Weinen, Flehen und Winseln. Unvorstellbar! Vergewaltigung auf Befehl. Mit russischer Disziplin organisiert. ..."

Durch massenhafte Vergewaltigungen blieben bei den Frauen dauerhaft psychische Schäden zurück, viele nahmen sich das Leben, andere verfielen in tiefe Depressionen und erlitten seelische Zusammenbrüche, Geschlechtskrankheiten verbreiteten sich, denen man nicht entgegenwirken konnte und gegen die es keine Medikamente gab. ...

Erst nach der Überschreitung der Oder und Lausitzer Neiße führte das sowjetische Kommando die scharfe kasernenartige Disziplin ein. Trotzdem behandelten die Soldaten nicht nur die Frauen als "jagdbares Wild", in den russisch besetzten Gebieten gab es fast keinen Widerstand, denn jeder Deutsche muß damit rechnen, festgenommen und als Mitglied des "Wehrwolfes" erschossen zu werden.

Als Schuldbeweis konnte eine aufbewahrte Wehrmachtsuniform, eine versteckte Pistole oder ein nicht rechtzeitig genug fortgeworfenes Exemplar von "Mein Kampf" ausreichen. Deutsche Historiker schätzen, daß infolge der Lynchjustiz in den ersten Wochen nach dem Einmarsch der Russen 75.000 – 100.000 Menschen getötet wurden.

Außerdem wurde die einheimische Bevölkerung systematisch ihres mehr oder weniger wertvollen Besitzes beraubt. Es geschah beispielsweise, daß die Einwohner eines Dorfes oder einer Stadt zusammengetrieben und dann einige Tage in die Umgebung verjagt wurden, um einfacher die verlassene Habe plündern zu können. Das, was den plündernden Soldaten unbrauchbar schien, wurde sinnlos zerstört. Auf diese Weise wurden große Teile der schlesischen und pommerschen (sowie westpreußischen) Städte noch nach Ende der Kampfhandlungen verwüstet, unter anderem 80 % Danzigs.

Gefangenschaft und Deportation

Gleichzeitig mit Einrichtung der sowjetischen Verwaltung wurden Deportationen der zivilen Bevölkerung bis tief in die UdSSR aufgenommen, schon im Dezember 1944 begann man mit dem Abtransport tausender Angehöriger der deutschen Minderheit aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Seit Januar 1945 traf die Deutschen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien das gleiche Schicksal. Stalin hat sich um Legalisierung dieser Praktiken durch die Alliierten bemüht und in Jalta (4.-11. Februar 1945) die Zustimmung der Verbündeten zum Einsatz der Deutschen als Arbeitskräfte erhalten, sozusagen als eine Art Wiedergutmachung für die von

den Deutschen verursachten Zerstörungen.

Erste Etappe der Verbannung waren Übergangslager – unter anderem in Ciechanów, Posen, Sikawa, Beuthen, Krakau und Przemysl. Die Häftlinge dieser Lager wurden von Funktionären des NKWD verhört, die mühelos deren "Schuld" nachwiesen. ...

Etwa fünf Millionen Deutsche erlebten den Einmarsch der Sowjetarmee in den Ostgebieten des Reiches. Bald mußten auch sie die Heimat verlassen. Bevor es jedoch dazu kam, lebten die Deutschen mehrere Monate, manchmal Jahre, zuerst unter russischer und dann unter polnischer Verwaltung. Die Beziehung zwischen Polen und Russen in den Westgebieten gestalteten sich nicht zum besten.

Dies resultierte nicht nur aus den historischen Gegensätzen, die beide Völker trennten. Es ging auch um die Konkurrenz bei der Beherrschung der eingenommenen Gebiete. Die Russen wollten möglichst viel aus diesen Gebieten herausholen, die Polen möglichst viel behalten. Ununterbrochen gingen demontierte Industrieeinrichtungen nach Rußland, und was sich nicht herausschleppen ließ, wurde oft absichtlich zerstört.

Die polnische Verwaltung übernahm also von den Verbündeten ein zerstörtes, verbranntes und fast vollständig ausgeraubtes Land.

Ihrerseits machte sich die polnische Verwaltung an eine hastige Polonisierung, d.h. sie machte sich daran, die Spuren des Deutschtums in den Westgebieten zu verwischen. In Oberschlesien, das wegen seiner starken katholischen Tradition bekannt ist, verbot man sogar in den Kirchen die Messe in deutscher Sprache. ...

Das Recht auf Rache

Nach der (deutschen) Besatzungszeit erschienen Rache und Vergeltung an den Deutschen für den Terror und den Völkermord wie ein Naturgesetz. In den (polnischen) Staatssicherheitsdienst UB nahm man im übrigen häufig junge Menschen auf, die noch nicht einmal zwanzig Jahre alt und durch den Krieg demoralisiert waren, sie lebten oft auf eigene Faust ihre Macht aus - als Herren über Leben und Tod.

Zwar wurden nach der Kapitulation Deutschlands offiziell Gewalttaten verboten und sogar – wie in Greifenberg in Pommern – Prozesse gegen Beamte des Staatssicherheitsdienstes veranstaltet, welche sich Unrechtstaten gegen Deutsche zuschulden hatten kommen lassen, dennoch waren Verfolgungen und Schikanen gegenüber der deutschen Bevölkerung an der Tagesordnung.

In Niederschlesien wurden nach russischem Muster "Adolf Hitler-Gedenk-Märsche" veranstaltet, wobei man die Menschen kilometerweit trieb.

Eine andere Form der "Reedukation" (Umerziehung) – die in physische und psychische Torturen überging – war die Exhumierung von den sterblichen Überresten der von Gestapo, SS oder Wehrmacht erschossenen KZ-Opfer.

Es folgt der Bericht von M. W. aus Landeshut in Niederschlesien. Sie wurde auf der Straße festgenommen, man drückte ihr einen Spaten in die Hand und trieb sie zum Friedhof: "Mäntel ausziehen, kam der Befehl. Dann: 'Hinein in die Grube und mitschaufeln'. Mit Erleichterung stellten wir fest, daß es ganz harter, alter Boden war, also ein neu zu schaufelndes Grab. ...

Dann erschien ein Milizionär oben am Rand und suchte 4 junge Mädchen aus. 'Mitkommen!' Wir kletterten hastig und ängstlich hinauf. Wir wurden auf die andere Seite des Friedhofes geführt, wo ebenfalls Männer am Schachten waren. Aber hier waren es Gräber mit Leichen gefüllt, wie wir an dem üblen Geruch merkten. Und hier klatschte es schon mit Gummiknüppeln und Stöcken auf die Rücken der emsig arbeitenden deutschen Männer, hier wurden immer wieder unterdrückte Schreie laut.

Wir mußten eine Tragbahre anfassen und bekamen etwas draufgelegt – einen Toten? Wir schauten nicht hin, rannten nun mit der Bahre auf Befehl los bis zum Rasenplatz in der Mitte des Friedhofes. 'Absetzen!' Dann rannten wieder zwei Männer herbei, die unsere Last abneh-

men und auf den Rasen betten mußten. Wir ahnten das alles mehr, wir schauten noch immer nicht hin, da war dieser fade, süßliche Geruch, der sich immer mehr verbreitete und einem in der Kehle würgte. Wieder im Laufschrift zurück zum Grab und nun: 'Packt selbst an, los!' Jetzt mußten wir schauen.

Da unten lagen halbverfaulte Leichen, wohl ein bis zwei Jahre unter der Erde, mit gestreiften Kleiderfetzen angetan – KZler. Wie sollten wir zupacken? 'Mit den Händen, Ihr deutschen Schweine.' Wir stiegen halb in die Grube hinab und zerrten zu zweit eine Leiche nach oben. ... Und dieser pestartige Gestank! Wir keuchten wieder zum Rasenplatz und legten nun selbst unsere Last neben die anderen Leichen. ... Wir wollten uns die schmierigen, schwarzen Hände im Gras abwischen. Es wurde nicht gestattet. Weiter!

Auf der Friedhofsmauer, in der Nähe des Grabes, hatten sich die Schaulustigen der polnischen Bevölkerung eingefunden. Das Taschentuch vor der Nase hockten sie stundenlang da, überschütteten uns mit wüsten Schimpfereien und feuerten die Miliz zu immer wilderen Hieben an. Uns wurde der Atem immer kürzer, die Leichen immer schwerer; wir kriegten sie nicht mehr hoch. Ein "ich kann nicht mehr!" entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Schlag und noch einen und noch einen.

... Wir konnten nicht mehr. Ein 'Ich kann nicht mehr!' entschlüpfte meinen Lippen; da spürte ich einen derben Stockschlag und noch einen und noch einen.

Nun war mir alles gleich. Ich schleifte die Leiche an den Strümpfen, an meinem Rock, an meinem weißen Pullover hoch, ich mußte sie um jeden Preis auf die Bahre bringen. Es gelang. Ich roch nun selbst wie eine Leiche, es grauste mir vor mir selbst."

Die brutale Rache an den Deutschen traf nach dem Krieg – nach dem Prinzip der Kollektivverantwortung – Schuldige und Unschuldige am Nazismus, und die vom Krieg und von der Macht demoralisieren jungen Menschen eigneten sich nicht sehr zur "Reedukation" vor irgend jemandem, sondern höchstens zur Rache.

Der Status der Deutschen in Polen unmittelbar nach Kriegsende wurde durch einen ganzen Komplex von Dekreten bestimmt, unter ihnen auch durch das Dekret vom 31. August 1944 über die Strafzumessung für faschistische und Naziverbrecher, deren Tätigkeit – insbesondere auf den 1939 dem Reich angegliederten Gebieten – natürlichen Personen oder der polnischen Nation Schaden zugefügt hatte. Ein Zusatz vom 11. Dezember 1946 erweiterte den Kreis der Verräter um Mitglieder aller "verbrecherischen Organisationen".

Diese Verordnung bewirkte eine Welle von Massenverhaftungen. Wer bist zu dieser Zeit der Verhaftung durch die Russen entgangen war, fiel in die Hände der (polnischen) Miliz. Opfer waren selten Naziprominente, denn diese waren schon längst nach Westen geflohen. In die Gefängnisse und Lager gerieten die einfachen Mitglieder der NSDAP, der deutschen Polizei, der Jugend- und Frauenorganisationen des Dritten Reiches.

Wer unschuldig war, bekannte sich unter Schlägen und Folterungen ebenfalls zu einer Schuld. Auf diese Weise füllten sich die Gefängnisse in Fordon, Graudenz, Koronowo, in Lodz, Warschau und vielen anderen Städten mit Deutschen. Die "Verhöre" in den Kellern des Sicherheitsdienstes blieben vielen deutschen Zeugen ebenso tief im Gedächtnis wie den damals verhafteten Polen.

Die Deutschen saßen in polnischen Gefängnissen mehrere Jahre. Die ersten Prozesse der sogenannten Außerordentlichen Strafgerichte begannen Ende 1946/Anfang 1947. Nachdem die Deutschen ein dreijähriges Urteil abgesessen hatten, kamen sie jedoch selten hinaus in die Freiheit, die nächste Etappe waren Arbeits- und Internierungslager.

Schatten der Hölle von Lamsdorf

Besonders grausigen Ruhm hat das Lager Lamsdorf, etwa 40 km von Oppeln, erlangt. Fast ein halbes Jahrhundert seit Kriegsende versuchen deutsche und polnische Historiker, Juristen und Publizisten die Wahrheit über dieses Lager zu ergründen. ...

Am 4. Oktober 1945 brach im Lager ein Feuer aus. Die Ursachen sind unklar, jedoch behauptet die Mehrzahl der Zeugen, die Baracke mit den Häftlingen sei absichtlich angezündet worden. Einer der Zeugen hat sich erinnert:

"Wir waren kaum auf die Straße getreten, (da) begegnete uns der Mörderling Ignaz. Er ließ uns halten, griff sich Emmanuel M. aus Gruben heraus und legte dreimal mit der MP auf ihn an, aber es war jedesmal ein Versager. Ignaz steckte die Patrone wieder ins Magazin und ließ uns weitergehen. Wir waren kaum 20 Schritte gegangen, da ließ er uns wieder halten. Als er herankam, fragte er jeden nach der Parteizugehörigkeit. W. aus Karbischau meldete sich als einziger. Er mußte an den Straßenrand treten. Es krachten 2 Schüsse, und W. brach sterbend zusammen.

Als wir auf den Brandplatz kamen, lagen bereits mehrere Tote um die brennende Baracke. Ich mußte die Toten wegschaffen lassen. Es herrschte ein wüster Lärm. Die Menschen, auch Frauen wurden gehetzt und gejagt, zu Boden geschlagen und erschossen. Wasser zum Löschen war nicht vorhanden. ... Ein Teil der Männer mußte Sand auf die Dächer der nebenstehenden Baracken tragen, damit die Teerpappe nicht Feuer fing. Die restlichen Männer und Frauen mußten den Brand bekämpfen. Den Boden mußten sie mit Händen in Eimer kratzen. Dann mußten sie den Sand in die Flammen schütten.

Jeder, der nicht nahe genug an das Feuer ging, wurde in die Flammen gestoßen. Viele fielen dabei in den Flammen zu Boden. Die Stehenbleibenden wurden erschossen. Solche Opfer mußten aber gleich von Kameraden herausgeholt werden. Einige von diesen Opfern lebten noch, als sie aus dem Feuer herauskamen. Wenn sie Schmerzensschreie ausstießen, wurden sie zu Boden getreten."

Dem Autor dieses Berichtes zufolge hat der Barackenbrand etwa 40 Opfer gefordert. ...

"Heuschrecken in den Wiedergewonnenen Gebieten"

Die Wanderungsbewegungen der Bevölkerung in der ersten Phase der Übernahme der Westgebiete waren völlig unkontrolliert. In diese Gebiete strömten alle möglichen Arten von Dieben, die "Heuschrecken der Wiedergewonnenen Gebiete", welche leichte Beute witterten.

Ein Teil von ihnen ging später in die Miliz, andere kehrten nach Ausplünderungen der noch in diesem Gebiet verbliebenen Deutschen nach Zentralpolen zurück.

Zusammen mit der systematischen Aussiedlung der Polen aus dem ehemaligen Ostpolen begann die systematische Aussiedlung der Deutschen aus den Westgebieten. Die Repatrianten von jenseits des Bugs besiedelten zuerst die Dörfer, wobei sie die besten Höfe der Deutschen erhielten. Die bisherigen Eigentümer konnten noch eine gewisse Zeit in ihren Häusern verbleiben, dennoch hatten sie auf diese keinerlei Rechte.

Unterschiedlich gestaltete sich das Zusammenleben der wegziehenden Deutschen und der hereinströmenden Polen. Meistens dominierte Feindseligkeit und Haß. Ihrer Habe beraubt, zur Rolle von nicht einmal Lohnarbeitern degradiert, denn der Lohn für die Arbeit bestand oft nur in einem Teller Suppe, wurden die Deutschen zu Vertriebenen, bevor sie überhaupt den Ausreisebefehl nach Deutschland erhalten hatten. Viele nahmen in dieser Situation den Transport über die Oder mit Erleichterung an. ...

Die Deportationen der Deutschen aus den in Jalta und Potsdam an Polen angeschlossenen Gebieten vollzogen sich in mehreren Phasen. Zuerst kam eine Welle wilder Aussiedlungen, damit vollendete Tatsachen geschaffen würden. Später aber, im Herbst 1945, wurden die Transporte im Einverständnis mit den Alliierten organisiert, die die Aussiedler in ihren Zonen aufnahmen. Die Deutschen wurden zunächst in Übergangslagern zusammengetrieben, wo sie wochenlang auf den Transport warteten. ...

In vielen Erinnerungen wird geschildert, wie während der "Gepäckkontrolle" den Ausgesiedelten die letzten Wertgegenstände genommen wurden, wie die Züge auf dem Weg nach Westen von Räuberbanden überfallen wurden, nicht selten in Absprache mit der Eskorte.

Hans P., evangelischer Pastor aus Bad Polzin bei Belgard, erinnert sich: "... Nachts kam dann ein Transportzug aus Viehwaggons. Als wir mit diesem abfahren, ging gleich das Plündern los. Polnische Banditen waren überall mit eingestiegen, blendeten uns mit ihren Stabtaschenlampen, durchsuchten und zogen uns zum Teil aus. Der Begleitposten des Waggons stand hohnlachend dabei und hielt den jeweils Behandelten die Maschinenpistole auf die Brust, daß keiner sich wehrte. ...

Jedesmal, wenn der Zug hielt, stiegen die Banditen aus, und neue stiegen an ihrer Stelle ein. Die ganze Strecke war in Plünderungsbezirke eingeteilt, und die Posten steckten mit den Raubkolonnen unter einer Decke. Bei manchen Waggons sollen die Insassen gesammelt und den Posten bestochen haben. Wenn die gesammelte Summe groß genug war, hat er die Plünderer nicht hereingelassen. In unserem Waggon hatte aber keiner größere Summen polnisches Geld bei sich. Deutsches Geld nahmen sie nicht.

Als wir gegen 6.00 Uhr morgens am 15. Dezember in Scheune bei Stettin den Zug verlassen mußten, stand ich ohne Mantel, Rock und Weste, ohne Schuhe, auf Strümpfen, in Hose und Strickjacke, meine Frau auch ohne Mantel und ohne Schuhe auf dem Bahnsteig unter freiem Himmel bei 15 Grad Frost. Kurz nach uns wurde ein zweiter Transportzug ausgeladen.

Und alle 3.000 Menschen waren wie wir mehr oder weniger leicht gekleidet. Nur ganz wenige waren noch vollständig angezogen. Manche waren verwundet oder zusammengeschlagen. Aus unserem Zug sind etwa 20 erschossen worden, weil sie sich gegen die Ausplünderung gewehrt hatten. Und da standen wir und warteten auf Züge, die uns das letzte Stück über die Oder bringen sollten. Bahnbeamte sagten uns, manchmal dauerte es mehrere Tage."

Damit könnte man den Bericht vom "Abschied aus dem alten deutschen Osten" aus deutscher Sicht beenden. Die deutsche Sicht ist zwar eine andere als die polnische, aber nicht anders als die polnischen Erfahrungen aus den Kriegsjahren. Man kann sagen, die Deutschen haben nach dem Krieg manche Repressions- und Terrorformen am eigenen Leib erfahren wie zuvor die Polen. Aber das genügt nicht.

Viele Historiker suchen heute "die Schuldigen" der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa, die den Tod von 2 Millionen Menschen nach sich gezogen hat. Die Westmächte haben die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei beschuldigt. Diese haben sich auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens berufen, die die Ausweisung der Deutschen legalisiert haben.

Die Bundesrepublik hat jahrzehntelang auf die Friedenskonferenz gewartet, die die rechtsgültige Regelung der westlichen Grenze Polens bringen sollte. Gleichzeitig konnte kein vernünftiger Mensch davon ausgehen, daß infolge einer solchen Konferenz der Stand aus der Zeit vor dem Jahre 1945 wiederhergestellt wird und der Kreis sich gleichsam schließlich würde.

Heute ist es trotz des Niedergangs des Kommunismus und trotz der riesigen Veränderungen, die in Europa seit 1989 vor sich gehen, noch weit bis zu einem endgültigen Abschluß der Folgen des Zweiten Weltkriegs.

Deswegen ist das Prinzip dignitas humana von so großer Bedeutung, um, wie der Amerikaner Alfred Maurice de Zayas schreibt, in künftigen Jahrzehnten die Idee der Menschenwürde – auch des eigenen Feindes - und das Gerechtigkeitsprinzip gegenüber jedem zu verteidigen. Der erste Schritt in dieser Richtung ist der gerechte Blick in die Vergangenheit, auf die eigene und auf die fremde Schuld. Es geht hierbei nicht darum, das Unrecht gegeneinander aufzurechnen. Unrecht bleibt Unrecht, unabhängig davon, wer es wem und weshalb und unter welchen Umständen auch immer zugefügt hat. Stets hat das Leiden des anderen die gleiche Dimension wie unser eigenes.<<

24.05.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Mai 1993: >>Jahrhundertlang hat Feindschaft Polen und Ukrainer getrennt

... Der Zweite Weltkrieg war schon fast vorbei, als in der Ukraine immer noch gekämpft wurde. Antikommunistische Partisanen lieferten sich dort sogar noch bis in die fünfziger Jahre hinein Gefechte mit der Sowjetarmee. Und im vorübergehenden Machtvakuum der Endkriegszeit beglichen sie auch lange ausstehende Rechnungen mit der polnischen Bevölkerung in Wolhynien. Mindestens eine halbe Million Polen soll bei den Massakern der "Ukrainischen Aufstandsarmee" OPA ums Leben gekommen sein.

Viele Polen flohen damals nach Zentralpolen; eine große Zahl von ihnen wurde in die ehemals deutschen Westgebiete umgesiedelt. Dort ist das Wolhynien-Trauma bis heute lebendig, manche Menschen reagieren in dieser Region sogar schon auf das Wort "Ukraine" mit Wutausbrüchen oder Erbleichen. Wolhynien war der vorläufige Endpunkt einer jahrhundertelangen Nachbarschaft, die im Bewußtsein von Ukrainern und Polen bis heute nicht als freundschaftlich und gewaltfrei, sondern als blutig und haßerfüllt gilt.

Jahrhundertlang lebten Ukrainer und Polen zusammen in den gleichen Gebieten, zunächst in der polnisch-litauischen Adelsrepublik, später im habsburgischen Galizien und dann unter dem polnischen Zwischenkriegsregime. Erst im Verlauf des Zweiten Weltkrieges trennten sich ihre Siedlungsgebiete, die Polen wurden aus der Sowjetukraine ausgesiedelt und vertrieben, die Ukrainer in Polen "repatriiert" oder von der polnischen Armee in die Westgebiete ausgesiedelt, in Arbeitslager gesperrt oder schlicht erschossen.

Im Jahre 1990 entschuldigte sich Polens Senat offiziell für diese Säuberungsaktionen. Seither warten die Polen auf ähnliche Worte der Ukraine für die Wolhynien-Morde, während die ukrainische Minderheit auf Entschädigungen für die damals enteigneten Güter in Südostpolen hofft - beides bisher vergebens. ...<<

26.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1972-1998 Mitglied des Bundestages) erklärt am 26. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/191-192): >>... Unsere Mitbürger sind empört, wenn sie von manchen Politikern und Medien der Ausländerfeindlichkeit verdächtigt werden, während sie doch lediglich versuchen, sich aus ihren handgreiflichen Erfahrungen ein Urteil zu bilden. Das verstört und verletzt die Menschen. Manchmal entsteht bei ihnen sogar der Verdacht, daß das undifferenziert ausgesprochene Wort "Ausländerfeindlichkeit" von der Politik als Kampfbegriff zur Ruhigstellung des eigenen Volkes verwendet wird.

Ich kann nur warnen, meine Damen und Herren. Es wäre besser, wenn wir zugeben würden: Nicht das deutsche Volk hat in der Asylfrage versagt, sondern die deutsche Politik hat in der Asylfrage versagt.<<

28.05.1993

BRD: Der CDU-Politiker Alfred Dregger erklärt am 28. Mai 1993 während einer Rede zur Asylrechtsreform (x268/183): >>... Unbestreitbar ist, daß wir für die Finanzierung des Massenmißbrauchs unseres Asylrechts mehr Geld ausgeben als für die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe. Die Asylbewerber, die zu uns kommen, gehören bestimmt nicht zu den Ärmsten, sonst hätten sie die Reise und irgendwelche Gebühren von Schlepperbanden nicht bezahlen können. ...<<

22.06.1993

Rußland: Der Moskauer Generalstaatsanwalt (Hauptverwaltung zur Überwachung der Durchführung der Gesetze in den Streitkräften) der Russischen Föderation schreibt am 22. Juni 1993 (x170/193): >>**Rehabilitierungsbescheinigung**

Hiermit wird bescheinigt, daß der deutsche Staatsbürger Martin R., geb. 1894 in Leipzig, am 28. März 1946 grundlos verhaftet und am 12. Dezember 1946 durch das Kriegsgericht des Bundeslandes Sachsen nach Artikel 58-2 des UK der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zum höchsten Strafmaß – zum Tode durch Erschießen, ohne Einziehung des

Besitzes aus Mangel dessolchen, verurteilt wurde.

Das Urteil wurde am 17. Januar 1947 in Dresden vollstreckt.

Gemäß Artikel 3 des Gesetzes der Russischen Föderation über die "Rehabilitierung der Opfer politischer Repressivmaßnahmen" vom 18. Oktober 1991 ist Martin R. rehabilitiert.

gez. N. S. Wlasenko, Militärstaatsanwalt

Abteilung Rehabilitierung<<

27.07.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juli 1993: >>Tschechen lehnen Verhandlungen ab****

Die Mehrheit der Tschechen lehnt Verhandlungen mit den Sudetendeutschen ab und hält ihre Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg für richtig.

Dies geht aus einer am Montag in Prag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des tschechischen Instituts für Meinungsforschung unter 857 Tschechen hervor. 49 Prozent halten die Vertreibung demnach für richtig. 27 Prozent für eher richtig. Als eher falsch sehen 7 Prozent und als falsch 3 Prozent der Tschechen die Ausweisung von rund 3 Millionen Deutschen aus der damaligen Tschechoslowakei an.

Die Forderung der Sudetendeutsche nach Verhandlungen über ein Heimatrecht mit Rückkehranspruch lehnen 39 Prozent der Tschechen ab. Von weiteren 23 Prozent werden solche Gespräche verneint, eher bejaht werden sie von 20 Prozent. 6 Prozent der Tschechen setzen sich entschieden für die Verhandlungen ein. Drei Viertel aller Tschechen glauben der Umfrage zufolge, den Deutschen gehe es nur um die Rückgabe ihres Eigentums.<<

26.08.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. August 1993: >>... Die Japaner trauen ihren fünf Sinnen nicht mehr. Da steht ihr Regierungschef vor dem Parlament und sagt "Invasion", als er von den japanischen Eroberungskriegen im Zweiten Weltkrieg spricht. Er nennt die Zeit "Kolonialherrschaft", in der ihre Väter über Korea, Taiwan und China herrschten.

Die zwei Begriffe vom neuen Premierminister Morihiro Hosokawa, nunmehr zur offiziellen Vergangenheitserklärung eingesetzt, reichen völlig, um Japans eigener Geschichtsversion des 20. Jahrhunderts die Grundlage zu entziehen. Japan, vielleicht die modernste Wirtschaftsmacht der Welt, erlebt einen Vergangenheitsschock.

Kaum faßbare Lügenmärchen werden den Japanern seit 48 Jahren aufgetischt. Schon die Potsdamer Erklärung von 1945, die Japans bedingungslose Kapitulation forderte, wurde nie für die Öffentlichkeit übersetzt. Statt dessen einigten sich amerikanische Besatzer und japanische Bürokraten nach dem Krieg im Sprachgebrauch auf "Kriegsende" und "Truppenstationierung" an Stelle von "Niederlage" und "Besatzung".

Noch heute sprechen japanische Schulbücher vom "Truppenbesuch" der japanischen Armeen in China. Statt Klarheit zu schaffen, verschleierten die Japaner ihre Rolle in der Weltgeschichte. Intellektuelle sprachen von asiatischem Schamgefühl, wo von Schuld die Rede sein mußte.

...

Schon 1964 beschwor der einflußreiche Historiker Fusao Hayashi das Schicksal des westlichen Imperialismus, welches Japan die angebliche historische Bürde auflegte, Restasien vom Kolonialismus zu befreien. Japans eigene Kolonialrolle erwähnten von da an nur noch Sozialisten und Kommunisten. ... Währenddessen blieb der Völkermord japanischer Truppen 1937 im chinesischen Nanking, eine der grausamsten Kriegshandlung des Zweiten Weltkriegs, nicht nur an Schulen unerwähnt. ...

Gegen diese Geschichtsfälschung mit der Wahrheit anzutreten, setzt die Einsicht voraus, daß Japan mit seiner auf dem Inselmythos ruhenden Ideologie von der gesellschaftlichen und historischen Einzigartigkeit in der heutigen Welt scheitern muß.

Japans Zukunft im 21. Jahrhundert liegt in Asien. China und Südostasien bieten die neuen Weltmärkte, die allein noch den Wohlstand mehren können. Sie zu erobern, verlangt nach einer moralischen Kehrtwende.

Nicht einmal die unendlich große konfuzianische Duldsamkeit so vieler Asiaten machte die japanischen Greuelthaten erträglich. Südkoreaner und Japaner, die auf amerikanischen Befehl zu Verbündeten wurden, blieben sich innerlich immer fremd. Nichts konnte die Südkoreaner zuletzt mehr erregen, als das Schicksal der Frauen, die von den japanischen Truppen systematisch vergewaltigt wurden.

Erst in den neunziger Jahren hatten sich einige der betroffenen Frauen in die Öffentlichkeit gewagt und die Sexskandale der kaiserlichen Armeen ans Licht gebracht. Schnell solidarisierten sich die Opfer von Seoul bis Singapur, von Manila bis Kuala Lumpur. Ganz Asien erhob sich moralisch gegen die neureichen Herren in Tokio.

Der Glaube an eine japanische Bekehrung wird den Asiaten nicht leichtfallen. Viele fordern nun auch Entschädigung. Auf 16 Milliarden Mark haben japanische Rechtsanwälte die allein aus der Kolonialzeit in Korea und Taiwan ausstehenden Entschädigungssummen für die noch lebenden Opfer hochgerechnet.

Auch der Streit um die japanischen Schulbuchtexte, der bereits in den achtziger Jahren zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Tokio und Peking führte, ist längst nicht beendet.

...<<

03.09.1993

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. September 1993 über die "Katyn-Morde": >>**Polen will Katyn-Morde vor Gericht bringen**

Gut 50 Jahre nach dem vom einstigen sowjetischen Geheimdienst NKWD verübten Massenerschießung an polnischen Offizieren hat die polnische Justiz eigene Ermittlungen begonnen und will 3 ehemalige NKWD-Offiziere in Polen vor Gericht stellen. ... Rund 15.000 polnische Offiziere waren nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges 1939 der nach Ostpolen einrückenden Roten Armee in die Hände gefallen, in Lager verschleppt und vom NKWD erschossen worden.<<

05.09.1993

BRD: Die "Welt am Sonntag" berichtet am 5. September 1993 (x268/193): >>Auch Ausländer äußern sich zunehmend ausländerfeindlich. Dabei handelt es sich vielfach um Gastarbeiter, die schon lange in Deutschland leben und gegen jüngst zugewanderte Asylbewerber Front machen, weil diese angeblich das Ansehen von Ausländern generell schädigten. ...<<

18.09.1993

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1993: >>**Weiter Streit um Kreuz für deutsche Opfer**

Der Streit um die vorgesehene Errichtung eines Kreuzes für deutsche Nachkriegsopfer in dem ostböhmischen Kurort Johanniskirchen (Janske Lazne) hat einen weiteren Höhepunkt erreicht. Wie die amtliche Prager Nachrichtenagentur CTK ... meldete, will eine anonyme Organisation aus Pilsen das geplante Denkmal mit einer "Höllmaschine" in die Luft sprengen. Die Einwohner von Johanniskirchen hatten Anfang September in einer Volksbefragung der Aufstellung eines Kreuzes mit der Inschrift "Den Opfern des Frühlings von 1945" zugestimmt, das an 12 von tschechischen "Roten Garden" ermordete deutsche Zivilisten, darunter drei Jungen und ein Mädchen, erinnern soll.

Am Dienstag hatte eine Prager Stadtorganisation des tschechischen Verbandes der Freiheitskämpfer empört gegen das Vorhaben protestiert.<<

30.09.1993

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. September 1993 über ein Treffen der Siebenbürger Sachsen bei Schäßburg: >>... Immer mehr Siebenbürger Sachsen

sehen eine Zukunft in ihrer rumänischen Heimat und wollen der Auswanderungswelle nach Deutschland nicht folgen. ... Im Festgottesdienst sagte der Bischof der Evangelischen Kirche in Rumänien, Christoph Klein, dieses beeindruckende Zusammenkommen mache Mut und Hoffnung für einen neuen Anfang der immer kleiner werdenden Gemeinschaft, in neuen Formen und Strukturen eine sinnvolle und lebensfüllende Existenz zu finden. ...

Die Zahl der in Rumänien verbliebenen Deutschen in Siebenbürgen wird auf knapp 35.000 geschätzt.<<

12.10.1993

BRD: Das Bundesverfassungsgericht (BVG) weist am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden.

Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.

13.10.1993

Japan: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. Oktober 1993: >>>Boris Jelzin entschuldigt sich

... Als erster Moskauer Politiker hat sich der russische Präsident Boris Jelzin für den Tod Zehntausender Japaner entschuldigt, die nach dem Zweiten Weltkrieg in sowjetischen Arbeitslagern ums Leben kamen. ... Seine Gastgeber äußerten Genugtuung über die Geste Jelzins. Bei einem Mittagessen mit führenden Vertretern der Wirtschaft sagte Jelzin, er habe im Namen der russischen Regierung beim Kaiser und bei Hosokawa (Ministerpräsident) für den Tod vieler Kriegsgefangener um Verzeihung gebeten. ...

Stalin hatte ungeachtet eines Neutralitätspaktes Japan im August 1945 den Krieg erklärt. In Nordasien waren nach der Kapitulation Japans schätzungsweise 600.000 Japaner - zumeist Soldaten, aber auch Zivilpersonen - in Gefangenschaft der Roten Armee geraten und nach Sibirien geschickt worden. Mehr als die Hälfte wurde nie wieder gesehen. ...

Bei seinen Äußerungen über die Einhaltung der internationalen Verträge der Sowjetunion ging Jelzin nicht ausdrücklich auf die Kurilenfrage ein. ... Hosokawa forderte Jelzin auf, die 4 Inseln zurückzugeben. 1956 hatte Moskau versprochen, nach einem Friedensvertrag mit Japan 2 der Inseln herauszugeben.

Jelzin sagte zu, den im vergangenen Jahr angekündigten Truppenrückzug von den Kurilen zu vollenden. ...

Das Hauptinteresse Jelzins gilt japanischer Wirtschaftshilfe. Tokio hat bisher Kredite im Umfang von 5 Milliarden Dollar zugesagt, von denen erst 10 % ausgezahlt worden sind. ...<<

Dezember 1993

Polen: Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meint die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<

Wlodzimierz Borodziej (Prof. für Zeitgeschichte an der Universität Warschau und polnischer Co-Vorsitzender der Deutsch-polnischen Schulbuchkommission) schreibt später über die polnische Aufarbeitung der "Umsiedlung" der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x294/109-111): >>... Erst nach 1989, mit dem Zerfall des Systems und der Entstehung einer pluralistischen Öffentlichkeit, rückte die Frage nach der Geschichte der heutigen polnischen Nord- und Westgebiete in den späten vierziger Jahren in den Mittelpunkt wissenschaftlicher Arbeit und publizistischer Auseinandersetzungen. Die Historiker produzierten Dutzende von Büchern: über die Lager und die "Verifizierung" der "Autochthonen" über

Zwangsaussiedlung und Minderheitenpolitik des entstehenden kommunistischen Polen.

Das Fazit dieser Arbeiten läuft darauf hinaus, daß weder das alte polnische Bild von historischer Gerechtigkeit und ordnungsgemäßer Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse noch das alte deutsche Bild der "Vertreibung" als Kette von Racheakten "der Polen" an ihren deutschen Opfern zutreffen.

Anders formuliert: Die Umstände der Aussiedlung der Deutschen und die Behandlung der Verbliebenen sind gewiß kein Ruhmesblatt der polnischen Geschichte. Sie lassen sich nicht alleine mit den 1945 bis 1947 bereits erkennbaren stalinistischen Zügen der neuen Staatlichkeit erklären; es war nicht nur die aus der östlichen Despotie importierte Gewalt, die hier einschlug. Freilich wäre jeder Erklärungsversuch, der den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzung in Polen außer Acht läßt ebenso falsch.

... Das Dritte Reich hatte die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und trägt daher die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen wie der anderen gleichzeitig vertriebenen und umgesiedelten Völker. Die Alliierten übernahmen in Potsdam die völkerrechtliche Verantwortung für die Ausweisung indem sie den entsprechenden Beschluß faßten. Die Polen bleiben aber verantwortlich für die Art der Durchführung – und auch das ist nicht wenig.

Ende der neunziger Jahre, mochte man geglaubt haben, daß die heftige – vor allem innerpolitische – Diskussion dem Stichwort "Vertreibung" endlich seine für die deutsch-polnischen Beziehungen zerstörerische Potenz genommen hat. ...

Der Eindruck, Deutsche und Polen hätten auch diese Kapitel ihrer dramatischen Vergangenheit abgearbeitet, verflog indessen schnell, nachdem die Idee eines "Zentrums gegen Vertreibungen" als bundesdeutsche Gedenkstätte aufgekommen war. In der polnischen Öffentlichkeit rief das vom Bundestag 2002 gebilligte Programm all die alten Befürchtungen wach, ... daß die Deutschen sich zu Opfern umkodieren und ihre Verbrechen in Polen – wie schon in der sogenannten Wehrmachtausstellung passiert – mit Schweigen übergehen. ...

Auf den Punkt brachte diese Ängste ein Krakauer Publizist, der sich die offiziellen Berliner Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs am 1. September 2039 vorzustellen versuchte. Der Bundespräsident, so die Vision, legt zu Beginn der Veranstaltung einen Kranz am Mahnmal des Holocaust nieder. Zum Schluß tut er dasselbe vor dem "Zentrum gegen Vertreibungen", wo er der deutschen Opfer gedenkt; der Rest bleibt Schweigen. ...<<